

RHEINISCHE POST

ZEITUNG FÜR POLITIK UND CHRISTLICHE KULTUR

DÜSSELDORF

Der Traum vom Ring am Rhein

Sind die schönen Bilder alles, was vom Wettbewerb zur Neugestaltung der Düsseldorfer Innenstadt bleibt?
Die Rede ist nun von einem Steinbruch der Ideen. **Lokales**



FOTOS: DBB, DPA, RAUMWERK GMBH UND SEEHOF GBR



Das Ansehen des Staatsdienstes

Ulrich Silberbach, Chef des Beamtenbunds, spricht im Interview über die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und das Klischee vom bräsigen Beamten.

Wirtschaft

Unter Spannung

Am deutschen Strommarkt gibt es Turbulenzen – mehrere Anbieter kündigen Kunden oder nehmen keine neuen mehr an. Was das für die Preise bedeuten könnte.

Wirtschaft

Der König von Tutzing

Am Starnberger See bewohnt der thailändische Monarch Rama X. eine Luxusvilla. Für den Ort, seine Bewohner und den deutschen Staat ist das eine leidige Geschichte.

Panorama



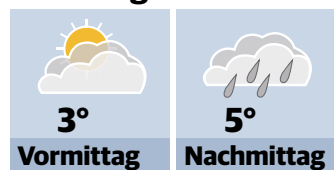
ZITAT

„Du kannst dein Land nicht nur lieben, wenn du gewinnst.“

Joe Biden (79), US-Präsident, an die Adresse seines Vorgängers Donald Trump

WETTER

Von Westen immer mehr Regen



RP KONTAKT

Leserservice 0211 505-1111, Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
www.rp-online.de/Leserservice
Anzeigenservice
0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr
www.rp-online.de/anzeigen

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

Treffen sich der stellvertretende Zeugwart des Eishockeyteams Vancouver Canucks und ein Fan der gegnerischen Seattle Kraken... so beginnt kein Witz, sondern ein wahres kleines Märchen. Nadia Popovici ist angehende Medizinstudentin – und schon so im Thema, dass ihr der Leberfleck im Nacken ihres Vordermanns nicht entgeht. Sie bollert gegen die Scheibe zwischen ihnen und hält dem verdutzten Mann ihr Handy entgegen, in das sie getippt hat: „Der Leberfleck in Ihrem Nacken ist womöglich Krebs. Bitte lassen Sie das überprüfen!“ Recht hatte sie; unbehandelt wäre die Sache tödlich geendet. Als Dankeschön gab's nun fünf Minuten Ruhm und ein Stipendium über 10.000 US-Dollar. tojo

Für Geboosterte fällt die Quarantäne weg

Kontaktpersonen mit Auffrischimpfung müssen sich nicht mehr isolieren. Bund und Länder wollen 2G plus für Restaurants.

VON KIRSTEN BIALDIGA,
BIRGIT MARSCHALL UND JANA WOLF

DÜSSELDORF/BERLIN Geboosterte Kontaktpersonen müssen künftig nicht mehr in Quarantäne gehen. Das beschlossen Bund und Länder bei ihrer neuen Beratungsrunde in Berlin. Die maximale Dauer der häuslichen Isolation wird für alle anderen von 14 auf zehn Tage verkürzt. Diese Frist kann mit Freitestung auf sieben Tage verringert werden. „Omikron wird uns noch lange beschäftigen“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach den Beratungen mit den Regierungschefs der Länder am Freitagnachmittag. Die Verkürzung der Quarantäne soll den Personalausfall in Einrichtungen wie Krankenhäusern, Elektrizitätswerken oder Supermärkten in Grenzen halten, wenn die Omikron-Fallzahlen schnell steigen. Bund und Länder beschlossen auch eine 2G-plus-Regel in der Gastronomie. Genesene und Geimpfte müssen künftig einen Test nachweisen. Für Geboosterte gilt dies nicht.

Scholz zufolge sind sich alle 16 Ministerpräsidenten einig, dass es eine allgemeine Impfpflicht geben müsse, weil die Impfquote in Deutschland nicht hoch genug sei. Noch im Januar soll es darüber eine erste „Orientierungsdebatte“ im Bundestag geben. Nordrhein-Westfalens Regierungschef Hendrik Wüst (CDU) sagte, Omikron mache eine allgemeine Impfpflicht noch dringlicher. „Die Länder gehen davon aus,

dass bald ein Zeitplan dafür vorgelegt wird“, sagte Wüst, der zurzeit auch Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz ist.

Die gelockerten Quarantäneregeln gelten auch für Schulen und Kitas. Kontaktpersonen können sich hier schon nach fünf Tagen freitesten. Distanzunterricht soll es nicht geben. Eltern- und Pädagogenverbände in Nordrhein-Westfalen begrüßten dies, forderten aber, mehr zu tun: „Es reicht eben nicht, wenn Politik den Präsenzunterricht als höchste Priorität benennt, es muss dafür auch alles Erdenkliche getan werden“, sagte Stefan Behlau, Landesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung.

Außen vor blieben die Hochschulen. Das Deutsche Studentenwerk schlug wegen der Pandemiefolgen Alarm: „Die psychosoziale Beratung

der Studenten- und Studierendenwerke wird förmlich überrannt, die Wartezeiten werden länger“, sagte Generalsekretär Matthias Anbuhl der Deutschen Presse-Agentur. Studierende litten unter dem Fehlen der Präsenzlehre: „Vereinbarung, digitale Isolation und depressive Verstimmung sind oftmals die Folge.“ Anbuhl forderte, Hochschulen so lange offenzuhalten wie möglich. „Und das heißt im Zweifel auch: länger als Bars, Restaurants, Fußballstadien und andere Teile des öffentlichen Lebens.“

Besonders schutzbedürftig sind dem NRW-Kulturratsvorsitzenden Gerhart Baum zufolge auch freischaffende Künstler, deren Einnahmeausfälle seit Anfang Januar nicht mehr aufgefangen würden. „Das erfolgreiche Stipendienprogramm, das 16.000 Künstler erreichte, muss neu aufgelegt werden“, sagte der frühere FDP-Innenminister unserer Redaktion. Freischaffende Künstler konnten zuvor unbürokratisch 1000 Euro im Monat ausbezahlt bekommen, wenn sie ein neues Projekt in Angriff nahmen.

Unternehmen können ab sofort die bis Ende März beschlossene Überbrückungshilfe IV zur Kompensation von Einbußen beantragen. Die Bundesregierung gehe davon aus, dass bis zu 100.000 Unternehmen – möglicherweise noch mehr – die Hilfen beantragen könnten, teilten das Finanz- und das Wirtschaftsministerium mit.

Leitartikel, Politik

INFO

Inzidenz in Düsseldorf jetzt über 500

Land Die Sieben-Tage-Inzidenz nähert sich in Nordrhein-Westfalen der Marke von 300. Das Robert-Koch-Institut meldete am Freitag 291,5 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner und Woche.

Städte Einen neuen Höchstwert erreichte Düsseldorf mit 512. Dahinter lagen Wuppertal (507) und Solingen (481).

Marode A45-Brücke muss abgerissen werden

LÜDENSCHIED (dpa) Die marode Talbrücke Rahmede der Autobahn 45 bei Lüdenscheid muss abgerissen werden. Damit kann der Autoverkehr auf der wichtigen Verkehrsachse zwischen dem östlichen Ruhrgebiet und Frankfurt nicht wie geplant wieder freigegeben werden, wie die zuständige Autobahn GmbH des Bundes am Freitag mitteilte. Nach Auskunft von Elfriede Sauerwein-Braksiek, Leiterin der Niederlassung Westfalen der Autobahn GmbH, wurden neben den bereits entdeckten Schäden noch Risse an den Längsträgern gefunden. Aus diesem Grund darf kein Fahrzeug mehr über das Bauwerk fahren. Ursprünglich hatte die Autobahn GmbH geplant, nach

einer notdürftigen Verstärkung der Brücke den Verkehr nach rund drei Monaten zumindest für den Autoverkehr wieder freigeben zu können.

Der Schaden war Anfang Dezember entdeckt worden. Dabei stellten die Experten Verformungen in einem Stahlträger fest. Der Verkehr wurde sofort gestoppt. Die Vollsperrung bei Lüdenscheid hatte auf den Umleitungsstrecken zum Teil chaotische Zustände verursacht. Bundesweit wird der Verkehr seitdem bereits ab Frankfurt in Richtung Köln und Kassel umgeleitet. Auf der Autobahn I greifen die Umleitungen ab dem Westhofener Kreuz bei Dortmund. Von Süden aus wird der Verkehr über die Autobahn 4 in Richtung Köln geleitet.

Kasachischer Präsident gibt wegen Unruhen Schießbefehl

NURSULTAN/MOSKAU (ap/dpa) Im zentralasiatischen Kasachstan eskaliert die Lage nach schweren Unruhen immer weiter. Präsident Kasym-Schomart Tokajew erteilte den Sicherheitskräften einen Schießbefehl. Tokajew sagte in einer Fernsehansprache, er habe die Erlaubnis gegeben, tödliche Gewalt anzuwenden. Besonders in der Millionenstadt Almaty im Südosten scheint sich die Situation zuzuspitzen; dabei drangen unabhängige Informationen von dort zwischenzeitlich kaum noch nach außen durch. „Diejenigen, die sich nicht ergeben, werden eliminiert“, sagte Tokajew. Forderungen nach Gesprächen mit den Demonstranten bezeichnete der Präsident als Unsinn. Das Innenministerium teilte am Freitag

mit, bei den Unruhen seien 26 Demonstranten getötet worden. Darüber hinaus seien 18 Polizeibeamte ums Leben gekommen. Tokajew warf „unabhängigen Medien“ und „ausländischen Akteuren“ vor, die Unruhen angeheizt zu haben. Beweise nannte er nicht.

Zuvor hatte er die Unruhen für weitgehend beendet erklärt. Die verfassungsmäßige Ordnung sei größtenteils wiederhergestellt. Das Verteidigungsministerium in Moskau teilte mit, dass russische Soldaten den Flughafen der Metropole Almaty „unter volle Kontrolle“ gebracht hätten. Die russischen Soldaten sind Teil einer sogenannten Friedenstruppe der „Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“. **Leitartikel, Politik**

